

Gegen Stimmenfang durch Aufweichung der Asylpolitik und Spaltung der lohnabhängigen Bevölkerung

Antragsteller*innen: Landessprecher*innenrat der linksjugend [´solid] Niedersachsen

Unterstützer*innen: Dave Müller (linksjugend [´solid] Niedersachsen), Jade Bätge (linksjugend [´solid] Niedersachsen), Lisa Theophil (Kreisverband Delmenhorst), Felix Mönkemeyer (linksjugend [´solid] Niedersachsen), Salim Hameed (linksjugend [´solid] Niedersachsen), Henning Waldeck (Kreisverband Delmenhorst), Leon Weiß (linksjugend [´solid] Niedersachsen), Manuel Paschke (linksjugend [´solid] Niedersachsen), Heidi Reichinnek (Kreisverband Osnabrück), Jan Krüger (Kreisverband Hannover),

- **Der Landesparteitag spricht sich gegen den Versuch einzelner Parteimitglieder aus, die Partei durch die Aufweichung der Positionen in der Asylpolitik und die damit verbundenen Äußerungen gegen offene Grenzen nach rechts zu verschieben.**
- **Der Landesparteitag spricht sich gegen den Versuch aus, interne Kritik durch unreflektierten Personenkult strukturell zurück zu weisen.**

Begründung:

DIE LINKE hat auf Bundes- und Landesebene ein Wahlprogramm beschlossen, indem sich die Partei klar „für offene Grenzen“ und ein „Bleiberecht für alle Geflüchteten“ ausspricht. In ihren Wahlprogrammen sagt DIE LINKE konsequent „Nein zu allen Abschiebungen“. Leider werden immer wieder einzelne Stimmen innerhalb der Partei laut, die diese Mehrheitsentscheidungen der Parteimitglieder in Frage stellen und versuchen, Menschen zu spalten und sie in Kategorien einzuteilen. Diese Personen sind vor allem in Positionen zu finden, in denen sie die besondere Aufgabe haben, die Partei zu repräsentieren.

Nun heißt es von einigen prominenten Parteimitgliedern, dass „offene Grenzen für alle“ nicht realitätskonform seien und wir mit unserer bisherigen Asylpolitik Wähler*innen vertreiben würden. Andere versuchen, Schutzsuchende unterschiedlich zu kategorisieren. Damit wird die Thematik „Asyl“ mit AfD-Rhetorik negativ besetzt.

Kritik an den Äußerungen der betreffenden Personen wird von einigen Parteimitgliedern als Spaltung diffamiert. Es wird so getan, als ginge es bei der Kritik ausschließlich um individuelle Probleme und Neid. Niemand in unserer Partei ist unantastbar und sachliche

Kritik sollte immer, und an wem auch immer, legitim sein. Personenkult und bedingungsloser Personenhype gehören nicht zu unserer politischen Arbeit.

Eine progressive und kämpferische Linke steht an der Seite von allen Opfern und Unterdrückten des Kapitalismus. Die Solidarität mit Geflüchteten ist unabdingbar. DIE LINKE macht sich für **alle** Menschen stark, die vor systembedingten Ursachen, wie Krieg, Armut, Ausbeutung, Diskriminierung oder Klimawandel fliehen müssen – unabhängig von Herkunft, Geschlecht und Sexualität. Diese Ursachen dürfen nicht klassifiziert werden – jede von ihnen ist Grund genug, in Deutschland Asyl gewährt zu bekommen.

Alle Mitglieder unserer Partei, unabhängig von ihrer Position, müssen sich an diese Beschlüsse und unsere Programme halten. Forderungen zur Aufweichung unserer Asylpolitik und die Spaltung von bereits hier Lebenden und Geflüchteten bzw. Asylsuchenden dürfen nicht ohne Konsequenzen bleiben. Wir müssen immer wieder deutlich machen, dass unsere roten Linien nicht verhandelbar sind – diese Pflicht hört in der eigenen Partei nicht auf und deswegen erwarten wir vom Landesvorstand, dass sie genau das tun: Haltung zeigen, sich nicht wegducken und sich klar von solchen Äußerungen distanzieren. Die Abgeordneten müssen sich den Mehrheitsentscheidungen und Parteibeschlüssen unterordnen und nicht umgekehrt.